

Diese weist 11 Tote auf, welche mit Ausnahme eines Falles sämtlich vom Typhus hingerast wurden.

Ausland.

Schweden. Schwedische Forderungen. Eine Sonntag in Dalmatien abgeleitete schwedische Verammlung beschloß eine Resolution, in welcher die Forderung nach einer schwedischen Universität als kulturelle Notwendigkeit bezeichnet wird und die Angriffe der Deutschen auf schwedische Juristen gemißbilligt werden. Die Regierung wird ersucht, die schwedische Forderung baldigst zu erfüllen.

Schwarze Einwanderung. Die aus Frankreich ausgemieteten Festen haben das bei Wien gelegene Schloß Coblenz für 2 Millionen Kronen angekauft.

Die antipreußischen Kundgebungen in Krakau. Nachdem sich die Demonstration Sonntag wiederholte, verzeichnete das Militärkommando auf die weitere Verhinderung des Berliner Arbeiterbundes unter Direktor Gwosd und zählte eine Abfindungssumme von 10000 Kronen.

Italien. Ein Hauptmann als Spion? Dem Corriere della Sera zufolge ist in Vercena ein Hauptmann unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Der Hauptmann habe von den Wienern eines Berichts mehrere Kopien aufgenommen.

England. Ein Burenführer im englischen Parlamente. Der Ire Lynch, der im irakaischen Kriege als Führer früherer Freischärer gegen England kämpfte und seit seiner Rückkehr in Paris als Journalist lebte, ist in das Parlament gewählt worden. Lynch wird aber erst nach London gehen, wenn das Parlament einberufen wird, da er sonst Gefahr läuft, verhaftet zu werden.

In diesem Parlamentsmitgliede wird Chamberlain seine helle Freude haben.

Kundgebungen gegen Lord Roberts. Wie die Deutsche Warte aus London meldet, wurden dem Feldmarschall Roberts, der das Uebungsregiment inspicirt, wegen der Entlassung Bullers feindliche Kundgebungen bereitet, sowie persönliche Bedrohungen durch Hunderte von Soldaten, sowie der Zivilbevölkerung. Lord Roberts wurde erst durch die Polizei und Militär von der wütenden Volksmenge befreit. Das Streikamt sucht mit allen Mitteln die Sache zu vertuschen.

Rußland. Opfer des Klassenkampfes. In letzter Zeit fanden in Rußland eine Reihe von Massenverhaftungen statt. In Woroslaw wurde eine Verammlung von 18 Mann verhaftet, denen mehrere einzelne Verhaftungen folgten. In Lodz fanden mehrere Verhaftungen statt. In Odessa wurden am 1. d. Mts. 200 Mann verhaftet; im ganzen befinden sich d. h. 100 Politische in Haft. Vor etwa 14 Tagen fand dort eine Verammlung von Zionisten statt, an welcher 200 Personen teilnahmen. Der Chef der Gendarmarie, dem von dieser Verammlung Kenntnis gegeben wurde, dachte, daß es eine sozialdemokratische Verammlung wäre, und entsandte sofort eine Abteilung Gendarmen und Polizisten, die in die Wohnung, in welcher die Verammlung stattfand, eindringen und sich die wüde Tiere auf die Verammelten stürzen. Ramentisch mehrere Wunden wurden brutal mißhandelt. Später, als sie bemerkt, daß sie keine Sozialdemokraten vor sich hatten, zogen sie sich zurück.

In Moskau wurden am 12. Oktober neun Personen verhaftet: Dawydow, Kusnezow, Rikstorow, Dr. Popow, Rechtsanwält Petrow, Kusnezow, Weingold, Rechtsanwalt Schangew, Schmorokow.

In Saratow wurde Bokostsky, Schriftsteller, verhaftet. Im Gefängnis in Moskau fand ein Hungerstreik statt, der fünf Tage dauerte. Die Veranlassung dazu war folgende: Wegen einer Schlägerei unter den Kriminalverbrechern hörte die Gefängnisverwaltung auf, allen, darunter auch den politischen Gefangenen, gefoltes Wasser zu verabfolgen. Die Lage der politischen Gefangenen war auch ohnedies so schrecklich, daß dieser Vorfall genügt, einen Hungerstreik hervorzuverursachen. Glühendgeroßig gab die Gefängnisverwaltung am sechsten Tage nach.

In Kiew fanden in der Universität und im Polytechnicum Studentenverammlungen von 700 bis 800 Mann statt. Auf der ersten Verammlung in der Universitäts-Halle am 24. Okt. wurde eine Resolution angenommen, in welcher dem Zukunftsminister Wamonsky das Mißtrauen ausgedrückt, die Wiederannahme aller ausgeschlossenen Kollegen verlangt und energig gegen die neuen Einrichtungen in Bezug auf die Aufnahme von Juden (für die die russischen Universitäten jetzt fast gänzlich geschlossen sind) protestiert wird. Es sprachen 15 Redner; auch der Universitätsinspektor nahm das Wort, hatte aber keine Wirkung.

Auch in Moskau tagten einige kleinere Studentenverammlungen, die letzte aus Anlaß des bekannten Artikels im Petersburger Großblatt.

In Petersburg kam es am 17. Oktober auf dem Großen Prospekt der Petersburgskaia Strozowa zu einer Ansammlung von ca. 1000 arbeitslosen Mannern aus Zentralfinnland. Die Polizei war sofort in großer Anzahl am Platze, schlug jedoch diesmal nicht, sondern trat energig und geduldig auf, so daß sich die ganze Masse von allen Seiten umzingelt sah und unruhig mußte. Die ganze Menge wurde verhaftet, 400 Mann wurden bald darauf aus Petersburg ausgewiesen.

Im Mittauchen Gefängnis fand ein Hungerstreik statt.

In Smorgonj, Gov. Wilna, wurden am 12. Oktober 41 Geber verhaftet. Drei Wochen vorher waren Woiaken aus Wilna und am Tage der Verhaftung Gendarmarie-Oberste und 17 Gendarmen aus Minsk und eine Menge Kompagnistien aus der Umgegend eingetroffen. Die Verhaftungen wurden in der Nacht vorgenommen. Bei zwei jüdischen Arbeitern wurde illegale Agitationsliteratur gefunden. Der Ueberfall der Polizei regte die Bevölkerung der Stadt furchtbar auf. Als die Arbeiter zur Bahn geführt wurden, sah sich eine Menge aufstehender Kojaken, um ihnen die Verhafteten zu entreißen. Es entstand ein großer Streikwall.

Es sah aus, als ob die Stadt von einem feindlichen Heere überfallen werden würde. Die Arrestierten wurden nachts mit Fackeln zur Bahn und nach Wilna ins Gefängnis geführt.

Am 28. Oktober brach in Smorgonj unter den Gebern ein großer Streik aus. Es streikten 1000 Mann Polen, Juden und Russen. Forderungen: 12stündiger Arbeitstag und die Befreiung der am 12. Oktober verhafteten Kollegen. Der Streik erfordert 800 Rubel wöchentlich.

In Rußland sind zwei neue Arbeiterverbände entstanden: „Arbeiterverband Nord-Rußlands“ und „Arbeiterverband des Wolgarebietes“.

Amerika. Die Wirren in Zentralamerika. Das B. L. meldet aus Newyork: Die Rebellion am Isthmus von Panama schreitet fort. Die Stadt Panama ist bedroht. — Die Zeit. N. Y. meldet aus Newyork: Das salombische Kriegsschiff „Albatros“ hat eine Beschießung Colons für Panama mitgenommen. Inzwischen wird die Washingtoner Regierung

möglicherweise einschreiten, da der Verkehr auf dem Isthmus durch das Bombardement bedroht würde.

Zum Kampf gegen den Zollwucher.

Landwirte gegen Getreidezölle. 48 angesehene Landwirte aus dem Amte Barel (Oldenburg) erließen vor einigen Tagen einen Aufruf zur Unterzeichnung einer Petition an den Reichstag für Fortführung der bisherigen Handelsvertragspolitik und gegen die Erhöhung der Zölle auf Getreide. Dieser Aufruf hat einen über alles Erwarteten großen Erfolg gehabt, in Stadt und Land haben mit seltener Einmütigkeit die Bürger und ganz besonders auch die Landwirte gegen die agrarischen Forderungen durch ihre Unterchrift protestiert. Bis jetzt sind und nach dem Gemeinheitsrat bereits 2598 Unterschriften gesamt.

Industrielle gegen Lebensmittelzölle. Der Ausschuß des Vereinigten Berg- und Hüttenmännischen Vereins nahm Montag nach einem Mehreren Ausschüßführers Dr. Volk Stellung zum Zolltarifentwurf. In einer Resolution wurde die Befreiung des Doppelzolltarifs gefordert und die Normierung der Zollsätze für Lebensmittel in einer Höhe, welche den Abschluß langfristiger und günstiger Handelsverträge ermöglicht.

Soziales.

Was das Kapital den Arbeitern raubt. Die Kohlengruben von Auzin in Frankreich, in denen vorige Woche ein Streik ausgebrochen ist, gehören zu den ältesten des Landes. Sie werden seit 1733 betrieben. Das Kapital betrug 1,4 Millionen Francs; jede Akrte folgte 4000 Francs. Schon 1781 wurde jede Akrte (Anschuß) mit 39250 Francs bezahlt, 1833 mit 100000 Francs, 1840 mit 200000 und 1871 mit 800000 Francs. Jetzt arbeitet die Gesellschaft mit 230 Millionen Francs Kapital. Lange Jahrzehnte hindurch, bis in die heutige Jahre hinein betrug der Heimgewinn mehr als das gesamte Aktienkapital. — Ein glänzender Beispiel steigender Kapitalakkumulation läßt sich kaum denken. Aber richtig ist, wie aus dem Arbeiter Mehrwert herausgegriffen wird, dieser Mehrwert sich wieder in Kapital verwandelt, das wiederum als Mittel dient, um aus den Arbeitern eine noch größere Menge von Mehrarbeit zu pressen. — Die Lage der Bergarbeiter von Auzin ist denn auch über alle Maßen traurig.

Parteinaufrichten.

Erklärung in Sachen der „Freien Vereinigung der Maurer“ in Hamburg. In der gemeinschaftlichen Mitgliederverammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs am 18. Oktober d. J. im Lokale von Springbrunn wurde der entscheidende Ausschluß der drei hiesigen Vereinsteilhaber der „Freien Vereinigung der Maurer“ zu einer Meinungsäußerung darüber zu veranlassen, ob sie geneigt seien, für die Folge von ihrem schädlichen Thun abzulassen und die Weisheiten der Partei und der anerkannten Gewerkschaftsorganisation ihres Verfalls zu respektieren.

Die Kommission hat diesen Antrag angeschlossen, hat nichts unversucht gelassen, eine Einigung zwischen dem Zentralverband der Maurer und der „Freien Vereinigung“ herbeizuführen.

Es muß leider konstatiert werden, daß alle Einigungsversuche an dem Widerstande der letzteren, der Sonderorganisation der Afformaurer, gescheitert sind. Während die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer sich nicht an dem im Frühjahr dieses Jahres abgelaufenen neuen Tarif mit der „Bauteil“ sich der Einigung der Mehrheit ihrer Berufsstellen zu unterordnen, verlangte die „Freie Vereinigung“, daß die Mehrheit der Maurer Hamburgs sich ihrem Willen beugen und von vornherein angeschlossen sollte, daß in der neuen Tarif ein Verzicht der Afformarbeit nicht angenommen werden dürfe. Entschieden die Forderung schon von vornherein das Eingeständnis der Schwäche ihrer Position, die Ueberzeugung, daß mit solchen Gründen sich der von ihnen eingenommene Standpunkt der Afformarbeit nicht vertreten lassen, so mußte die Kommission ein solches Antrinnen um so energischer zurückweisen, als dieselbe in diesem Widerstande nicht allein in der Arbeiterbewegung bisher geltenden Grundsätzen steht. Wenn eine kleine Minderheit die Minderheit bestigt, so fordern, daß die Mehrheit sich ihrem Standpunkt unterzuordnen habe, so hört damit jede Disziplin, die Vordringung in wirtschaftlichen Kampf, überhaupt auf.

Die Kommission ist des weitern der Ansicht, daß wer — wie dies die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ thun — sich grundsätzlich an den Standpunkt stellt, den Weisheiten der Mehrheit der organisierten Genossen konsequent und fortgesetzt entgegen zu handeln, damit das Recht verwirklicht hat, auf den Gehirnenten eines Sozialdemokraten Anspruch zu erheben, vielmehr darüber behauptet, daß er das ABC des Sozialismus noch nicht begriffen hat.

Die Kommission muß zu ihrem Bedauern konstatieren, daß sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Beweggrund der Afformmaurer zu ihrem die genannte Arbeiterbewegung schädigenden Treiben nichts anderes als verächtlicher Egoismus ist, und muß deshalb um so schärfer deren — jedes edle Motiv entbehrende — Handlungsweise verurteilen.

Unter diesen Umständen konnte die Kommission zu keinem anderen Resultat gelangen, als den Parteivorständen in Hamburg zu empfehlen, entgegen der beschlossenen Resolution von 18. Oktober d. J., welche den Ausschluß derjenigen Mitglieder der „Freien Vereinigung“ aus dem Parteitarif angeschlossen zu vollziehen, welche nicht bis zum 1. Dezember d. J. bei dem Schriftführer der Kommission, dem Genossen H. Berard, Hamburg, Behlendorfsstraße 11, die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie, im Gegensatz zu dem am 19. November d. J. gefassten Beschlusse der „Freien Vereinigung“, geneigt sind, sich dem Beschlusse der Partei der Maurer wieder anzuschließen und sich den Weisheiten derselben zu fügen.

Hamburg, am 20. November 1901.
Die Kommission:
H. Berard, L. H. Bismelburg, A. von Elm, S. Wollenbuhr, G. Fietzen, G. Steinbach.

Gemeindewahlen. Einen heftigen Wahlkampf führten die Parteigenossen in Schwelm (Saar). Ihre beiden Kandidaten wurden mit 506 und 530 Stimmen gewählt, während die höchste Stimmenzahl der agrarischen Kandidaten 291 betrug. Genoss wurden zwei Parteigenossen in der Gemeindeverwaltung zu vertreten erwählt.

In Gerfeld und unter Parteigenossen abermals unterlegen, doch haben sie ganz erhebliche Fortschritte in der Stimmzahl gemacht. Während die Liste der diesmal vereinigten Gegner gegen der zwei Jahren nur von 229 auf 282 stieg, hier unsere Stimmzahl von 502 auf 1038 Stimmen.

In Wombach bei Mainz erregten die Parteigenossen gleichfalls einen schönen Erfolg. Es wurden drei ihrer Kandidaten in den Gemeinderat gewählt.

In Neuhadt a. D. wurde in Martirode, beide in Sachsen-Weimar, wurde zum erstenmal je ein Parteigenosse in die Gemeindevertretung gewählt.

Totenliste der Partei. In Paris starb am Dienstag der Schriftsteller und Anwalt Bonagotius Mgr. J. P. de S. Mitglied des Generalrats der neuen sozialistischen Partei Frankreichs, ein geborener Moskauer. Der 49 Jahre alte Mann lebte in Paris. Der Verstorbenen, der ein unermüdetler Kämpfer für die Ideen des Sozialismus war, gründete 1883 die Neue Question Sociale und, nachdem dieses Blatt eingegangen war, den Almanach de la Question Sociale. Er verlegte zahlreiche Brochüren und hat auch mehrere Bücher über die Idee des Sozialismus ins Französische übersetzt.

Reichstagskandidatur. In der Sonntag in Langensalza abgehalten, auf beiden Kreisfunktions des Wahlkreises M. H. Langensalza-Weitzenfe wurde als Reichstagskandidat einmütig Genosse Brunwald-Strurt aufgestellt.

Zur Reichstagswahl in Wittenberg-Schweinitz.

In Herzberg a. E. sprach am Sonntag Gen. Ledebour-Berlin vor guterbeihender Verammlung mit bestem Erfolge zur Reichstagswahl. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifalle aufgenommen und hat sicherlich dazu beigetragen, unsere Wähler aufzubessern.

Liberaler Wählerverammlungen finden am heutigen Dienstag in Herberg und am Mittwoch in Jagna statt.

Tümmel als die Polizei erlaubt geleistet sich das Wittenberger Kreisblatt. Das konservative Wahlkomitee für den Kreis Schweinitz hatte an verschiedene Adressen ein Wahlplakat, eben verendet. Wie gewöhnlich, so wüsten die Herren auch diesmal nicht, wer zu ihnen zählt und wer Gegner ist. So kam es, daß einige der Adressierten an Verionen gelangten, die nicht daran denken, einen Parteivertreter zu wählen. Sie erlitten natürlich ihre politische Pflicht und sandten das Schreiben der liberalen Partei zurück. Das veranlaßt das Wittenberger Kreisblatt zu heulender, die Liberalen sozialdemokratische Gespinntheiten nach, und die Verantwärtigen solcher Briefe schreiben sie „unrechtmäßig“. Wer eine gute Sache vertritt, habe nicht nötig, Privatbriefe zu vermerken. Ueberdies ist die Jernemide mit den geipertgedruckten Worten: „Wähler, habt auf Eure Briefschaften acht!“ — Das ist wirklich dümmel, als es die Polizei erlauben darf! — Lassen wir den naiven Kreisblattredakteur daran erinnern, als die konservative Sozialmarilla in den fünfziger Jahren den Briefwechsel des damaligen Prinzen Wilhelm, des nachherigen Kaisers Wilhelm I., nicht nur überwand, sondern sogar öffnen ließ? Sollen wir an weitere konservative Taten erinnern, die nicht bloß „unrechtmäßig“ sondern über alles Maß schuftig waren? Aber das alles braucht ja ein Kreisblattredakteur nicht zu wissen, und darum ist ihm auch keine Klagepflicht über ein selbstverständliches Verkommen verziehen.

Ein starkbesetzte Verammlung fand am Sonntag abend in Jagna statt. Nachdem Gen. Mathies eingehend und mit großer Sachkenntnis über die Entwicklung der Stadt Jagna im letzten Jahrzehnt gesprochen hatte, ergab unser Kandidat Genosse Wollrad die Wähler, sozialdemokratische Parteigenossen, namentlich zum Zolltarif. Die konservativen Blätter berichten gleichfalls, den nicht sozialen Elementen der Verammlung (W hätte der Kopf davon weg geholt; sie folgten schließlich, nachdem sie ihrem Kopfwort durch Urteile Mißbrauch gegeben hatten, der freundlichen Aufforderung Wohlrad, doch dann lieber das Kopf zu verlassen. Die Verammlung nahm für unsere Sache einen sehr günstigen Verlauf, und gar manche Andersdenkende, der ihr beizugewandt, kam allerdings auch Kopfweh, doch nicht über Wohlrad's Ausführungen sondern darüber, daß er bisher die Zolltariffrage von einer falschen Seite aufgefaßt hatte.

Verammlungsberichte.

Zigarrenarbeiter. Am 23. d. Mts. wurde zum ersten Bevollmächtigten der Kollege Emil Wannin und zum zweiten Bevollmächtigten und Kassierer Kollege Martin Grimm gewählten. In letztem Jahrzehnt gesprochen hatte, ergab unser Kandidat Genosse Wollrad die Wähler, sozialdemokratische Parteigenossen, namentlich zum Zolltarif. Die konservativen Blätter berichten gleichfalls, den nicht sozialen Elementen der Verammlung (W hätte der Kopf davon weg geholt; sie folgten schließlich, nachdem sie ihrem Kopfwort durch Urteile Mißbrauch gegeben hatten, der freundlichen Aufforderung Wohlrad, doch dann lieber das Kopf zu verlassen. Die Verammlung nahm für unsere Sache einen sehr günstigen Verlauf, und gar manche Andersdenkende, der ihr beizugewandt, kam allerdings auch Kopfweh, doch nicht über Wohlrad's Ausführungen sondern darüber, daß er bisher die Zolltariffrage von einer falschen Seite aufgefaßt hatte.

Tabakfabriken. Am Sonntag, den 24. November, wurde eine öffentliche Verammlung im Interesse des Tabakfabrikenverbandes abgehalten. Genosse Arbeitervereiter Güttenberg hielt einen sehr schreienden Vortrag über: Der Arbeitsvertrag, die Arbeitsordnung und der Wert der Dispensation. Trotz des freien Sonntag und des ungewöhnlichen Vortragsthemas war die Verammlung nicht zu beenden, wie es hätte sein müssen, und es konnten nur wenige Anmerkungen gemacht werden. Erwähnt wurde wieder die Luftvergiftung der Kröllwitzer Papierfabrik, welche in der Freitagnacht sehr stark gewesen sein soll. Auch die Kartiererei des Herrn Ueberbürgermeisters, welche unter der Arbeiterchaft so viel Erbitterung wachgerufen hat, wurde kurz und bündig und nicht weiter und dann die Verammlung geschlossen.

(Winnau, 15. 11.) W. K.

Zur Nichtigstellung: Um Irrungen zu vermeiden, welche nach dem Artikel unter Leiden im Volksblatt Nr. 275 vornehmlich könnten, erkläre ich, daß mein Blatt der sozialdemokratischen Partei stets zur Verfügung steht, und auch den 24. d. M. zur Verfügung gehalten hat. L. Kublitz.

Anmerkung: Wie kommt Herr Bürgermeister Knöbe angedachts dieser Erklärung in einem amtlichen Schriftstück zu der Beschauptung, der Saal habe am 24. nicht zur Verfügung gestanden? Jedoch wurde nach einem dem amtlichen Schriftstücken der Behörden Glauben schenken können?

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Tämmig in Halle.

Der gute Geschmack
Des Kaffees hängt wesentlich vom richtigen Zusatz ab. Ein vorzüglicher, billiger und dabei erzieherischer Zusatz, der jeden Kaffee verbessert, ist Lindes Esenz für Kaffee.

Billige

Steingut- und Porzellan-Preise

für Dienstag, Mittwoch, Donnerstag.

Steingut.

Teller tief und flach	Stück	3	ℳ.
Teller gerippt	Stück	5	ℳ.
Teller blau tief und flach		10	ℳ.
Satz Schüsseln weiß Glas, extra groß		95	ℳ.
Satz Schüsseln blau steilig		92	ℳ.
Nachtgeschirre		19	ℳ.
Milchtöpfe bunt zum Ausjuchen		25	ℳ.

Wichtig für Brautleute!

Gelegenheit: Tonne Reform	35	ℳ.
Tonne Hedwig	50	ℳ.
neue viereckige Form.		
Tonne Hedwig	50	ℳ.

Meine

Spielwaren- Ausstellung

ist eröffnet.

Bekannt billigste Preise.

Gemeinschaftl. Einkauf mit Geschäften
gleicher Art in Elberfeld, Barmen,
Essen, Remscheid, Duisburg, Bochum,
Aberdt.

Echtes Porzellan.

Speiseteller feston	10	ℳ.
Dessertteller feston und Kokoto	7	ℳ.
Kaffeekannen	15, 18, 22, 25	ℳ.
Theekannen	18 und 25	ℳ.
Bratenplatten feston	33, 48, 68	ℳ.
Saucières	35, 45, 55	ℳ.
Kompottschalen massiv größere	10 u. 15	ℳ.
Kaffeeservice steilig dekoriert	2.15, 2.65,	
	4.25	ℳ. 1c.
Tafelservice weiß 2steilig		8.45
		ℳ. 1c.

54 Gr. Ulrichstr. 54. M. Bär 54. Gr. Ulrichstr. 54.

Sozialdemokrat. Verein für Halle und den Saalkr.

Donnerstag den 28. November abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Erjagwahlen. 2. Bericht der Preßkommission und Erjagwahlen. 3. Bericht des Agitationskomitees für den Bezirk Merseburg und Neuwahl desselben. 4. Beschlußfassung über die Mitglieder, welche sich nicht an den Stadtverordnetenwahlen beteiligt haben.

Die Mitglieder werden erjucht, pünktlich und zahlreich sich zu beteiligen.

Der Vorstand.

Achtung. Verbandstameraden. Achtung. 20 Zimmerrente

werden sofort eingestellt. Auskunft erteilt Joseph Streicher, Kleine Ulrichstraße 36. Die Verbandmitglieder müssen ihr Mitgliedsbuch vorzeigen. Der Vorstand der Zahlstelle Halle a. S.



Der schönste
Anstrich

geht verloren, wenn Thüren und Fenster mit scharfer Lauge abgewaschen werden. Darum nehmt immer
Dr. Thompson's Seifenpulver
mit dem SCHWAN.
Das ist bequemer als alle Seifen und macht den Anstrich wie neu.
Man verlange es überall!

Warum brennen Ihre Lampen so schlecht?
Weil der Cylinder nicht paßt. Wünschen Sie eine hellbrennende Lampe, so kaufen Sie Cylinder und Dochte bei **Louis Eder**, Rannischestr. 18. Extra-Brenner für jede Lampe.

Zu dem bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle mich (benutzen und Bekannten bei Bedarf von **Regulatoren, Taschenuhren, Goldwaren** und dergleichen zu billigen Preisen. **Verlobungs- resp. Trauringe** nach Maß. Reparaturen fertigt schnell, sauber und billig an.
Otto Baumann Uhrmacher u. Goldarbeiter Herrenstr. 23, 1 Treppe.

Erprobtes
Hustenmittel
für kleine Kinder
Johannesbeersaft.
Carl Krütgen
Universal Droguerie
Merseburgerstraße.

Gochfeines türk. Pflanzenmus,
a Bfd. 25 Bfg.
Gochfeine Seringe,
6 Stück 25 Bfg.
E. W. Paul Koch, Gr. Steinstr. 53.

Konsumverein für Weiskensfeld u. Umgeg.

G. G. m. b. H.

Die Ausschüttung der Dividende erfolgt am 1. Dezember von 9 Uhr ab und zwar von Nr. 1 bis 250 im Gasthof zur „Reichskrone“, von Nr. 251 bis 500 im Restaurant „Zentralhalle“.

Die Mitgliedschaft sowie den Einkauf des Bedarfs erwirbt jeder, der 50 ℳ. Einzahlungsbeitrag zahlt. Die weiteren Bedingungen sind erst innerhalb 3 Jahren zu erfüllen, welche durch kleine Platen oder am Jahresabschluss seine Dividende zu den festgesetzten jährlichen Satz von 10 überreichen läßt. Aufnahmen erfolgen in beiden Verkaufsstellen.

Der Vorstand.

A. Eismann, D. Kathe, L. Gelling.

Weihnachts-Ausverkauf

in allen Stickerien, angefangene und fertige Arbeiten,
50 Prozent Rabatt.

M. Weissmantel, Halle a. S., Geiststraße 6.

Gänzl. Ausverkauf

wegen vollständiger Auflösung meines Geschäfts
zu jedem annehmbaren Preise:

Lampen für Gas u. Petroleum in größter Auswahl,
Glas-, Porzellan- und Steingutwaren,
Luxuswaren, Emaille-, Holz- und Bürstenwaren
sowie sämtl. Haus- und Küchengeräte.

Heinr. Jacoby, Gr. Ulrichstraße 16.

Sobald erschienen:
Simplicissimus
Nr. 36.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Rannischestraße 3.

Speise-Kartoffeln, reichlich und
wohlgeschmeckt, a Btr. 2.20 ℳ., 2 Btr.
10 ℳ. empf. **Schulze,**

Merseburg, Schmalstr. 15.
Fortausgaber ist sofort oder 1./12.
Stube, Kammer, Küche sehr reichl. Zubehör
zu vermieten **Gr. Steinstraße 58.**

Ein erstes Wort an die Eisenbahner Deutschlands.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Eisenbahner veröffentlicht folgende Aufsätze:

Die wirtschaftliche Krise, die sich bis vor kurzem nur auf Privatbetriebe erstreckte, greift jetzt mit unheimlicher Geschwindigkeit auch auf das Gebiet der Staatsbetriebe über. Vor allem sind es die Staatsbahnen, die mit Kürzungen und Entlassungen vorgehen. Aus allen Richtungen werden die Preise über Personalreduzierungen, Arbeitszeitverlängerungen und als deren Folge Lohnverhinderungen, die von staatlichen Betrieben in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges vorgenommen, ungeheuer wiederholend auf die gesamte übrige Arbeiterschaft zurückwirken müssen.

Unbekannt dürfte den Staatsbehörden nicht sein, daß überall die Kommunen sowie auch staatliche Behörden nichts unversucht lassen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen durch Finanzergänzung fleißig auszuführender Arbeiten. Unersichtlich ist daher das Vorgehen der Staatsbahnverwaltung, die durch ihre Maßnahmen die Arbeitslosigkeit noch vergrößert.

Durch den fälligen Mißbrauch des Verkehrs, der bereits eine Mindereinnahme von 14 933 000 M. in den ersten neun Monaten dieses Jahres brachte, sah sich das Ministerium der öffentlichen Arbeiten genötigt, in einem Erlaß des Ministerialdirektors Strösch vom 6. September ausdrücklich zu betonen, daß die Eisenbahn-Verwaltungen sich auf dem Einhalten der Grundsätze der allgemeinen Geschäftsführung anzuhalten haben und da ebenfalls eine Verminderung des Personals und des Verbrauches durch Einführung des Stichtages und des Personalverfahrens zu erfolgen habe. Vor allen Dingen muß geparkt werden, und deshalb erfolgter Arbeiterentlassungen ohne Rücksicht auf den Zustand des Materials und der Betriebssicherheit.

Der Erlaß ist thörichtlich ergangen, daran ist nicht zu zweifeln, denn auf diese allgemeine Anordnung sind sämtliche Arbeiterentlassungen zurückzuführen. Wenn nun zunächst behauptet wird, daß die Entlassung von Arbeitern ausdrücklich verboten und angeordnet worden ist, daß ebenfalls wählende Arbeiter an anderer Stelle, wo Klagen entstehen, wieder eingestellt werden sollen, so ist dieser neue Erlaß eben ein Widerruf des früheren.

Trotzdem ein solcher Erlaß ergangen sein soll, wird immer häufiger weiter entlassen. Nicht wegen Arbeitsmangel, nein, die Handelsverkehrsbedürfnisse, von einigen Direktoren angeordnet, lauten fast alle noch günstig. Wenn eine Zunahme des Verkehrs nicht zu erwarten ist, so wird derselbe doch nicht viel unter das Niveau des Vorjahres heruntergehen. Wie trotzdem vorgegangen wird und werden soll, läßt sich erst richtig erkennen und würdigen nach dem Lesen folgender Erlasse:

Eisenbahn-Nachrichtensblatt Nr. 76.

Berlin, den 25. Oktober 1901.

Nr. 563. Betr. Weiterbeschäftigung von Auszubildenden und Arbeiter.

Unter Bezugnahme auf die den k. k. Eisenbahn-Direktionen in Einzelersuchen und in allgemeinen Verträgen, namentlich im Erlaß vom 4. Sept. d. J. — VA 7238 — erteilten Beschlüssen machte ich wiederholt darauf aufmerksam, daß Auszubildende und Arbeiter, die infolge des Verkehrsrückganges und der dadurch eingetretenen Abnahme der Dienstkräfte auf den Rang- und Umweltschichten, sowie auf den Ausbildungsstationen und in den Reparaturwerkstätten entbunden worden sind, gleichwohl aus diesem Anlasse unter keinen Umständen aus dem Eisenbahndienst zu entlassen sind. Solche Personen sind vielmehr in geeigneter Weise anderweitig zu beschäftigen und überall da zu verwenden, wo infolge des natürlichen Ausbleibens von Arbeitskräften Bedarf entsteht. Bei einer so großen Verminderung wird es auf diese Weise in unverhältnismäßig kurzer Zeit gelingen, den Personalstand dem Geschäftsumfange anzupassen. Bei den hierdurch erforderlichen Ueberweisungen von Arbeit an andere Dienststellen ist nach Möglichkeit zu vermeiden, daß Arbeiter, welche eine Familie zu ernähren haben, nach anderen Stationen verlegt werden. Selbstverständlich bleibt sich diese Anordnung nur solche Personen nicht, die von vornherein nur für eine bestimmte Arbeit vorübergehend in Arbeit gestellt und hieron lediglich bei der Arbeitsüberweisung verständigt worden sind.

An die k. k. Eisenbahn-Direktion VA 8513.

Demnach sind alle Arbeiter, zu Unrecht entlassen, denn es handelt sich um Arbeiter, die nicht vorübergehend, sondern 4, 7, 8 und 10 Jahre, in einem Falle sogar 18 Jahre im Eisenbahndienst tätig waren. Der letztere Fall wurde aus Vordruck gemeldet. Es war ein Arbeiter des Streckendienstes, den mit noch 30 Kollegen das scheidende Los traf. Der Mann meinte wie ein kleines Kind, als er die Abreise erhielt; die beste Zeit seines Lebens hätte er dem Eisenbahndienste gewidmet, nun muß er mühseligerweise beteln gehen. Außerdem sind unter den bisher Entlassenen welche, die für den Bahnwärters- und Telegraphendienst ausgebildet und geranntet waren.

Ganz eigenartige Praktiken betreiben die Direktionen bei den Entlassungen, indem man ältere Arbeiter abschieben läßt und jüngere dafür an ihre Stelle setzt. Durch den oben erfolgten Erlaß ist den Degeneraten die Chance gegeben, nur fragt es sich, ob die Entlassenen in ihre alten Rechte wieder eintreten oder als „Neueingetretene“ behandelt werden.

Aus Wladiburg-Budau wird uns z. B. gemeldet, daß in der dortigen Werkstatt den Entlassenen von den Werkmeistern der Rat erteilt wurde, sobald sie nach Hause kommen, gleich bei der Inspektion wieder um Einstellung nachzusuchen.

Daß bei einer Wiedereinstellung die bisherige Dienstzeit angerechnet wird, ist bei dem bisherigen Teilweisen Sparsinn nicht zu erwarten. Der Einstellende fängt also mit der niedrigsten Lohnstufe wieder an.

Diese Taktik scheint mit Vorliebe befolgt zu werden, macht nicht zu viel Aufsehen und bringt die Arbeiter in die Lage, die Vorkommnisse nicht zu verurteilen, noch weniger vorzugehen wie die Weidantentnehmer. Was nicht durch Entlassungen erreicht wird, wird durch die Anwendung dieses Mittels erreicht werden. Der Zweck heißt die Mittel.

Um den Vertretern die Politik des Sparsens vor Augen zu führen, lassen wir einige Beispiele folgen.

Die Bahnbediensteten- und Bahnunterhaltungsarbeiter der Bahnmeistergruppe S im Eisenbahndirektionsbezirk Altona (Hamburg, Wilhelmshagen, Altona und Wismarsen) erhalten in dieser Gruppe von dieser Kategorie den höchsten Lohnsatz. Sie erhalten beim Eintritt einen täglichen Lohn von 3 M., nach Verlauf von zwei Jahren 3.10 M. und nach sechs Jahren 3.20 M.

Da in diesem Bezirk Arbeiter entlassen worden sind, die über

sechs Jahre beschäftigt waren, so würde die Direktion bei Wiedereinstellung eines solchen zu dem niedrigsten Lohnsatz nach obiger Angabe in einem Jahre und 60 M. nur an Lohn sparen. Derselbe Arbeiter ist verpflichtet, sobald er ein Jahr im Staatsbahndienst beschäftigt gewesen ist, der Penzionskasse Abteilung B beizutreten. Er gehört der IV. Lohnklasse an und zahlt einen Wochenbeitrag von 28 Pf. Gleich hohe Beiträge zahlt die Eisenbahnverwaltung als Arbeitgeber für jedes Mitglied. Beide Teile würden also einen jährlichen Beitrag von 14.56 M. leisten. Jetzt wird dem geschätzten Vierzehnjährigen Arbeiter ein Beitrag von 14.56 M. entnommen, während der Betrag von 28 Pf. für die Eisenbahnverwaltung nur „vorübergehend“ Arbeiter beschäftigt wolle; sie brauchen nach den Satzungen der Penzionskasse für diese Arbeiter keine Beiträge zu leisten.

Die Rückzahlung der Beiträge wird dem aus dem Eisenbahndienst ausscheidenden Mitgliede gewährt, wenn er seinerzeit kündigt, oder von der Verwaltung z. B. wegen Arbeitsmangel gekündigt wird. Damit erhält er aber nicht seinen gesamten Beitrag zurück. Am 6. Jahre seiner Dienstzeit erhält er nur 60 Pf., seiner eingezahlten Beiträge, also 14.56 M. nur 6 Jahre z. B. 86 M., davon 80 M. bleibt als auszahlbare Summe 69.88 M. Die übrigen Beiträge 7.48 M. soll die Verwaltung und Zinsen davon von dieser Summe während der Dauer von sechs Jahren behält die Verwaltung. Demnach würde also die Eisenbahnverwaltung an dem vorbeschriebenen Arbeiter in seinem sechsten Dienstjahre durch seine Entlassung folgende Summe sparen:

An Lohn	60.- M.
Den von ihr zu leistenden jährlichen Beitrag zu Penzionskasse	14.56
Zinsen davon	1.48
Einbehaltene Projekte	7.48
Summa:	83.54 M.

Daß die Sparpolitik auf Kosten der Arbeiter betrieben wird, veranlaßt uns, energig dagegen zu protestieren, und wir werden keine Mittel unversucht lassen, dem deutschen Volke Aufklärung zu geben.

Wenn man bedenkt, daß durch den Abgang der Mitarbeiter eine Ergänzung nicht erfolgt, daß ferner die Entlassungen schon in beträchtlichem Maße erfolgt sind, so kann man erkennen, in welchem Umfange der Personalbestand reduziert worden ist. Die Folgen, die sich zeigen werden, sind ein zunehmendes Betriebsunsicherheitsgefühl, werden nicht ausbleiben.

Die Bahnmehrereien, die die Eisenbahntrassen in betrieblichem Zustande erhalten müssen, werden nicht im stande sein, den an die gestellten Anforderungen zu genügen. Und wir finden es erklärlich, daß die Bahnmehrereien sich gegen eine weitere Reduzierung des Personals auflehnen und die Verantwortung nicht mehr übernehmen wollen. Sie wissen ganz genau, daß es mit der Sicherheit des reisenden Publikums unter solchen Umständen schlecht bestellt ist.

Um aber einen vollen Überblick über den Umfang der Entlassungen und die daraus resultierenden Folgen, wie Eisenbahnunfälle, Unfälle der Angestellten, Arbeitsverletzungen, Lohnverhinderungen zu gewinnen, bitten wir, derartige Meldungen an die Redaktion des *Volksblatt* der Eisenbahner, z. B. Postfach, Auslieferungsbüro 32, Hamburg 23, gelangen zu lassen.

Es handelt sich hauptsächlich darum, das eingehende Material zu verarbeiten, damit es den Abgeordneten der Landtage und des Reichstages bei den Beratungen zur Verfügung gestellt werden kann. Im Interesse der für uns so wichtigen Sache bitten wir alle Eisenbahner und deren Freunde, uns in unsern Streibungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 25. November 1901, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Eingegangen ist eine von mehreren Steuerzahlern unterzeichnete Petition betreffs Schaffung einer Fahrstraße durch die Hofstraße. Die Petition ist eingeleitet worden, nach der Stadtverordnetenversammlung, die am 25. November 1901, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Hofstraßenbüros abgehalten wurde, wurde der Petitionskommission übergeben. Die Petenten verlangten eine andere Berechnung der Lastabgabe. Eine zur Verfügung einer Pfändung von Hofstraßen, welche eingeleitet wurde, ist erledigt worden. Nach der Beratung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. November wurde in die Tagesordnung eingetragen:

1. Arbeitsüberlegung der unbesoldeten Stadträte. Nicht beantragt und erregt gefalltes ist gleich der erste Punkt der Tagesordnung, zu dem sich wiederum eine starke Jubelstimmung eingestellt hatte. Bekanntlich wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung die bisherige Tätigkeit der unbesoldeten Stadträte einer herben Kritik unterzogen. So meinte der Stadtrat Richter — und der Vorleser Prof. Dr. Dittenberger gab ihm darin recht — daß solche Stadträte, die die unbesoldeten Stadträte beehren, sich nicht verdienen, nach der Weltanschauung der Hofstraße verbunden, dafür liegen sich eine ganze Menge Beispiele anführen. Die unbesoldeten Stadträte hielten sich dadurch verlegt und verlangten nun heute die Erteilung eines Beschlusses des Vertrauensvotums. Der Magistrat unterbreitete hierzu folgende Vorlage:

An der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 18. d. M. sind von einzelnen Mitgliedern der Versammlung, insbesondere von dem Herrn Vorleser, so schwere Angriffe gegen die amtliche Stellung und Würdigkeit der unbesoldeten Stadträte ohne Widerspruch der Versammlung gerichtet worden, daß dieselben annehmen mußten, das Vertrauen der Stadtverordneten-Versammlung nicht mehr zu besitzen.

Sie können daher ihr Ehrenamt nur dann weiter verwahren, wenn ihnen von seiten der Versammlung eine genüge öffentliche Vertrauens-Erklärung zu Teil wird.

Magistrat hat die Vorleser durchaus gerechtfertigten Verlangen der im Ehrenamt stehenden Mitglieder des Kollegiums angeschlossen und erwidert die Stadtverordneten-Versammlung, das beantragte Vertrauensvotum in öffentlicher Sitzung beschließen zu wollen.

Der Vorleser erklärt, daß dieser Punkt ohne sein Zutun auf die Tagesordnung gekommen ist. Am Freitag morgen habe er die erste Tagesordnung unterzogen und nicht daran geändert. Am Freitag nachmittag ist er dann erwidert, die Sache nicht mit der Tagesordnung zu legen. Er habe aber nicht darüber verfügt, sondern nur dem

Gehemrat Beilke als stellvertretenden Vorsitzenden das Referat übergeben.

Stadt. Koltschütter: Ich beantrage, die Sache zu verlegen, denn ich verlanget, daß der Vorleser nicht, was nur die Tagesordnung kommt. Nur er hat das Recht, die Tagesordnung festzusetzen, und die Stadtverordneten müssen die Rechte des Kollegiums hochhalten; eine Umgehung des Vorlesers ist zu mißbilligen. (Beif.)

Vorlesermeister Staupe: Der Magistrat hat auch nicht beantragt, daß die Sache auf die Tagesordnung kam. (Großes Gelächter und Unruhe.) Staupe erwidert: Meine Herren, wenn Sie mich ausreden, werde ich mich weigern; ich bin mehr Achtung gewohnt. (Seiterseit.) Die Debatte wird in Unruhe und Seiterseit fortgesetzt. Gehemrat Beilke erwidert, den Antrag Koltschütter abzulehnen und die Sache, die speziell mehr Unruhe hervorgerufen habe, als nötig sei, noch heute in ebene Bahnen zu lenken. Stadtr. Richter möchte den Anträgen des Vorredners gern nachkommen, aber der Antrag Koltschütter sei ganz berechtigt; heute stelle das Kollegium da und wolle nicht einmal, verweigert.

Bürgermeister v. Solly: Nachdem der Herr Oberbürgermeister bei dem Ergehen zu dieser Sache seine guten Erfahrungen gemacht habe, und dazu nicht wieder neugierig, fühle er sich doch veranlaßt, im Auftrage des Herrn Staupe zu erklären, daß bezüglich der Veränderung der Tagesordnung sofort ein Beschlusseinstimmig zum Herrn Stadtverordneten-Vorleser geschickt werden soll, mit dem Zweck der Tagesordnung habe der Magistrat angenommen, es sei les in Ordnung gebracht. Meineswegs habe eine Umgehung des Vorlesers stattgefunden; aber die Absicht bestanden, eine Beeinträchtigung des Kollegiums einzutreten zu lassen.

Vorleser Dittenberger: Ich will den Herren gern glauben, daß es sich nur um ein reinnes Mißverständnis handelt, aber ich hielt es doch für zweckmäßig, die Sache nicht unberührt vorübergehen zu lassen. (Beif.)

Stadtverordneter Koltschütter bleibt bei seinem Antrage bestehen und bemerkt, Sachen, die nicht durch die Hände unersetzlicher gegangen sind, wollen wir nicht beraten. Das ist das, was ich meine, was wir als Stadtr. zu verlangen haben. Stadtr. Dr. Keil bittet, die Sache nicht unnötig anzubringen; man sollte doch froh sein, sie je eher je lieber tot machen zu können; dem Antrag Koltschütter möge man obliegen.

Vorlesermeister Staupe: Ich in schwerer Erregung den Anbeholdeten näher: Wenn es die Erläuterung eines Vertrauensvotums heute verlagert wird, dann bestrafen wir die Sache als abgelehnt. Hierauf wurde die Beratung mit 25 gegen 21 Stimmen beschlossen. Herr Staupe hat somit wieder neues Ungemach über sich herabgelassen, indem er die Sache verlegt hat.

Die vollständig erwiderten, am 25. November 1901, d. h. sich drängenden Herren verließen demonstrativ den Saal. Nur Justizrat Elze und ein neben ihm stehender Kollege schienen noch zu überlegen, ob sie mit in den Saal treten wollten. Als sich aber Stadtr. Dr. Keil ihnen näherte und sie, wie man nach den Bewegungen vernehmen mußte, auf die Gerichtsbarkeit aufmerksam gemacht, wollten sie nicht mehr in den Saal gehen. Herr v. Solly erwidert, daß die Herren unbesoldeten waren leer, ganz leer. Der Saal wäre vollständig gemacht, wenn auch der besoldete Hügel des Magistrats unter der Überlegenheit des Herrn v. Solly, der „Wahlrecht“ gemacht hätte. Die Herren hätte man vielleicht noch viel lieber ein freundschaftliches Adieu und ein Lebewohl auf Niemandem erwidern zu lassen.

Der Vorleser erklärte, nunmehr mit großer Ruhe, daß es dem Magistrat zu überlassen bleibe, die Vorlage zurückzugeben, in dem Saal zu kommen, um den nächsten Antrag zu beschließen. Inzwischen wurden nun andere Tagesordnungspunkte verhandelt, aber das befängliche Einverständnis und Vereinfachungen ließ keine rechte Aufmerksamkeit aufkommen. Die Vermutung, daß die „Besoldeten“ mit den „Unbesoldeten“ eine Vereinbarung anstellen, erwies sich als begründet, denn gegen 6 Uhr wurde dem Vorleser ein von sämtlichen unbesoldeten Stadträten unterzeichnetes Schriftstück überreicht, das folgenden Wortlaut hatte:

Wir erklären hiermit, daß wir unser Amt als Magistratsmitglieder niederlegen.

Das Kollegium nahm mit großer Heftigkeit Kenntnis davon, und die Stadtverordneten erklärten die Angelegenheit ruhig weiter.

Nach geräumter Zeit trat aber der Gehemrat Beilke auf den Plan, der mit bewegter Stimme erklärte, daß ihn die Sache mit den Unbesoldeten sehr beunruhige. Es habe ihn außerordentlich überrascht, daß diese Herren nämlich ihr Amt niederlegen hätten, wenn man nicht die nächsten Antrag zu beschließen. Inzwischen wurden nun andere Tagesordnungspunkte verhandelt, aber das befängliche Einverständnis und Vereinfachungen ließ keine rechte Aufmerksamkeit aufkommen. Die Vermutung, daß die „Besoldeten“ mit den „Unbesoldeten“ eine Vereinbarung anstellen, erwies sich als begründet, denn gegen 6 Uhr wurde dem Vorleser ein von sämtlichen unbesoldeten Stadträten unterzeichnetes Schriftstück überreicht, das folgenden Wortlaut hatte:

Wir erklären hiermit, daß wir unser Amt als Magistratsmitglieder niederlegen.

Das Kollegium nahm mit großer Heftigkeit Kenntnis davon, und die Stadtverordneten erklärten die Angelegenheit ruhig weiter.

Nach geräumter Zeit trat aber der Gehemrat Beilke auf den Plan, der mit bewegter Stimme erklärte, daß ihn die Sache mit den Unbesoldeten sehr beunruhige. Es habe ihn außerordentlich überrascht, daß diese Herren nämlich ihr Amt niederlegen hätten, wenn man nicht die nächsten Antrag zu beschließen. Inzwischen wurden nun andere Tagesordnungspunkte verhandelt, aber das befängliche Einverständnis und Vereinfachungen ließ keine rechte Aufmerksamkeit aufkommen. Die Vermutung, daß die „Besoldeten“ mit den „Unbesoldeten“ eine Vereinbarung anstellen, erwies sich als begründet, denn gegen 6 Uhr wurde dem Vorleser ein von sämtlichen unbesoldeten Stadträten unterzeichnetes Schriftstück überreicht, das folgenden Wortlaut hatte:

Wir erklären hiermit, daß wir unser Amt als Magistratsmitglieder niederlegen.

Das Kollegium nahm mit großer Heftigkeit Kenntnis davon, und die Stadtverordneten erklärten die Angelegenheit ruhig weiter.

die Bilder von dem Bolais Jenes ...
Die nächste Woche bringt den ...
In Halle-Vord. verstarben in der ...

Die Bilder von dem Bolais Jenes ...
Die nächste Woche bringt den ...
In Halle-Vord. verstarben in der ...

Die Bilder von dem Bolais Jenes ...
Die nächste Woche bringt den ...
In Halle-Vord. verstarben in der ...

Die Bilder von dem Bolais Jenes ...
Die nächste Woche bringt den ...
In Halle-Vord. verstarben in der ...

	vormittags	nachmittags
Witz-Munsdorf ab	5.50	9.10
Witz-Munsdorf an	5.56	9.16
Spora	6.02	9.22
Delfen	6.09	9.29
Wittenberg	6.20	9.40
Hölsig	6.38	9.58
Wernsdorf	6.46	10.12
Wernsdorf an	6.51	10.20
Wernsdorf ab	7.01	10.27
Mühl	7.09	10.35
Hörsing	7.12	10.38
Wittenberg	7.28	10.54
Wittenberg	7.37	11.06
Wittenberg	7.50	11.19
Wittenberg	6.03	9.00
Wittenberg	6.22	9.18
Wittenberg	6.32	9.26
Wittenberg	6.44	9.37
Wittenberg	6.50	9.42
Wittenberg	6.53	9.45
Wittenberg	7.04	9.52
Wittenberg	7.14	10.00
Wittenberg	7.24	10.10
Wittenberg	7.33	10.17
Wittenberg	7.49	10.33
Wittenberg	8.05	10.49
Wittenberg	8.23	11.02
Wittenberg	8.29	11.07
nach Witz	8.57	11.31
In Reiz enttreffend	9.23	11.56

nach Witz ...
In Reiz enttreffend ...
o. Weichenfels. An erscheinender ...

o. Weichenfels. An erscheinender ...
In Reiz enttreffend ...
o. Weichenfels. An erscheinender ...

o. Weichenfels. An erscheinender ...
In Reiz enttreffend ...
o. Weichenfels. An erscheinender ...

o. Weichenfels. An erscheinender ...
In Reiz enttreffend ...
o. Weichenfels. An erscheinender ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

wider die Kapitalisten ...
So geht's in unserer ...
Die alte Hinein in den ...

Keine Provinzial-Nachrichten.

Umsfassende ...
hatten aus dem ...
In der ...

Umsfassende ...
hatten aus dem ...
In der ...

Zu den Stadtverordneten-Wahlen.

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...

Merseburg. Bei den ...
Wahlereignis. Bei den ...



